

Sessionsforum Sorgfältige Abwägungen in der Frühjahrsession

Haltung in schwierigen Fragen

Von Severin Brüngger

Die Frühjahrsession begann mit einem Thema, das mich und viele andere tief bewegt hat: das tragische Brandunglück von Crans-Montana in der Silvesternacht. Das Leid der Betroffenen und ihrer Familien ist kaum vorstellbar. Vor diesem Hintergrund schlug der Bundesrat dem Parlament vor, den Angehörigen der Verstorbenen sowie den Opfern, die stationär behandelt werden mussten, eine Soforthilfe von 50'000 Franken auszurichten.

Jedes Opfer verdient die gleiche Unterstützung

Selbstverständlich ist auch für mich klar: Mit den Opfern und ihren Angehörigen müssen wir solidarisch sein. Dennoch wirft der Vorschlag grundlegende Fragen auf. Zunächst bleibt unklar, was dieser Solidaritätsbeitrag rechtlich überhaupt sein soll. Handelt es sich um eine Nothilfe, wie sie das Opferhilfegesetz bereits vorsieht? Ist es eine Form der Wiedergutmachung? Oder eine moralische Geste des Staates? Auf diese zentralen Fragen gab es keine überzeugende Antwort. Auch der Bundesrat konnte sie nicht schlüssig klären. Hinzu kommt die Frage der Gleichbehandlung. In der Schweiz werden jedes Jahr Menschen Opfer von Straftaten, schweren Unfällen und anderen Tragödien. Auch dabei gibt es Todesopfer und Schwerverletzte. Wie rechtfertigen wir, dass einzelne Opfergruppen vom Bund zusätzlich entschädigt werden, andere aber nicht? Ist das Leid des Einzelnen weniger schwer, weil anderswo eine einzelne grosse Tragödie mehr Opfer fordert?

Opferhilfe für alle stärken

Für mich ist klar: Mit Sonderzahlungen an die Opfer von



Die Schachteln mit den gesammelten Unterschriften fotografiert vor der Bundeskanzlei anlässlich der Einreichung der eidgenössischen Volksinitiative «Wahrung der schweizerischen Neutralität».

Bild: Keystone

Crans-Montana schaffen wir einen Präzedenzfall. Vielleicht will man das bewusst. Dann muss man aber auch bereit sein, die Konsequenzen sauber durchzudenken. Genau das ist aus meiner Sicht nicht genügend geschehen. Dazu kommt ein weiterer Punkt: Unser Recht beruht auf dem Grundsatz, dass Schaden individuell beurteilt wird. Eine pauschale Entschädigung pro Person widerspricht diesem Prinzip.

Die Tragödie von Crans-Montana hat das ganze Land erschüttert. Sie verlangt nach

«Der Bundesrat beruft sich regelmässig auf die Neutralität, und sie ist ein zentraler Teil unseres Selbstverständnisses.»

einer kollektiven Antwort. Diese Antwort darf aber nicht in punktuellen Sonderzahlungen bestehen. Sinnvoller wäre es, die Opferhilfe insgesamt zu stärken und damit allen Opfern schwerer Straftaten und Unglücke gerecht zu werden. Im konkreten Fall von Crans-Montana kann zudem ein runder Tisch helfen, langwierige Gerichtsverfahren zu vermeiden.

Wir beheben kein Unrecht, indem wir neue Ungleichheiten schaffen. Aus diesen Gründen habe ich im Ständerat, bei allem Mitgefühl und schweren Her-

zens, für Nichteintreten gestimmt. Die Mehrheit des Rates sah das anders.

Ein anderer Blick auf die Neutralitätsfrage

In der zweiten Sessionswoche fiel im Ständerat ein äusserst knapper Entscheid. Mit Stichtentscheid des Präsidenten sprach sich der Rat für einen direkten Gegenvorschlag zur SVP-Neutralitätsinitiative aus. Dieser will die Neutralität in der Verfassung verankern, geht aber weniger weit als die Initiative selbst. Gemeinsam mit Ständerat Ger-

mann habe ich diesen Gegenvorschlag unterstützt, als einziger Vertreter der FDP-Fraktion. Die Gegner des Gegenvorschlags argumentierten, dieser sei unnötig, weil das heutige Neutralitätsverständnis gut funktioniert. Dem kann ich viel abgewinnen. Der Bundesrat beruft sich regelmässig auf die Neutralität, und sie ist ein zentraler Teil unseres Selbstverständnisses.

Gerade deshalb bin ich der Meinung, dass die Neutralität auch ihren Platz in der Bundesverfassung haben soll. Neben Kuhhörnern, Zweitwohnungen, Wasserzinsen und manch anderen mehr oder weniger wichtigen Bestimmungen hat ein Prinzip, das für unser Land von grundlegender Bedeutung ist, diesen Platz mehr als verdient.

Ein kluger Gegenvorschlag würde die starren Verbote der Initiative nicht übernehmen, aber den Grundsatz der Neutralität bestätigen. So könnte ein neuer Artikel in der Bundesverfassung aussehen: «Die Schweiz ist neutral. Ihre Neutralität ist immerwährend und bewaffnet.» Stand heute will die Mehrheit des Nationalrats keinen Gegenvorschlag. Der Ständerat forderte am Mittwoch dieser Woche wiederum einen Gegenvorschlag. Sollte sich der Nationalrat nicht dem Ständerat anschliessen, käme es zu einer Einigungskonferenz.



Severin Brüngger (FDP)
Ständerat des
Kantons Schaffhausen

Kommentar zum Frühfranzösisch-Entscheid des Schaffhauser Kantonsrats

Die wahre Problemsprache ist Deutsch

Auch wenn das Abstimmungsergebnis kein eindeutiges Verdikt war, so waren sich Mitglieder des Schaffhauser Kantonsrats während der Frühfranzösisch-Debatte in einem Punkt einig: Der Druck auf die Primarschule ist hoch, zu hoch. Das stimmt. Es besteht dringender Handlungsbedarf. Eine Handvoll Deutschschweizer Kantonsparlamente haben bereits den Schritt gewagt und gesagt: Frühfranzösisch ist passé. Dass es einen Paradigmenwechsel bei der zweiten Landessprache braucht, ist offenkundig. Nur etwa die Hälfte der Schülerinnen und Schüler erreicht die Grundkompetenzen beim Lesen, beim Hören sind es etwas weniger als 60 Prozent. Diese katastrophalen Werte zeigen, dass im Französischunterricht der Wurm drinsteckt. Dass man in

Schaffhausen nun handeln möchte, ist ein gutes Zeichen. Doch die Situation ist vertrackt. Eigentlich ist Bildung Sache der Kantone, allerdings stimmen sich diese aus guten Gründen untereinander ab. Wenn die Zürcher und die Schaffhauser diametral verschiedene Lehrpläne hätten, dann würden sich Familien etwas genauer überlegen, ob ein Umzug infrage kommt oder nicht. So weit, so sinnvoll. Doch wenn es hart auf hart kommt, dann ist der gelebte Föderalismus schnell vom Tisch. Das stellte Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider eindrücklich unter Beweis: Als die ersten Kantonsparlamente die Frühfranzösisch-Abschaffung beschlossen haben, kam prompt die Drohung aus Bundesbern: Eine zweite Landessprache als Fremdsprache muss an den Primarschulen Pflicht bleiben.

Wenn die Kantone nicht einlenken, will der Bundesrat diese per Gesetz dazu zwingen. Die jurassische Bundesrätin fürchtet um den «nationalen Zusammenhalt», gab sie zu Protokoll. Dass die Eidgenossenschaft von ein paar Elfjährigen, die Vokabeln büffeln, zusammengehalten wird, scheint dann aber doch eine abenteuerliche These zu sein.

Natürlich kann man das Frühfranzösisch abschaffen. Die Schweiz hat schon bestens funktioniert, bevor Primarschüler «Un kilomètre à pied» getrallert haben. An diesem bildungspolitischen Schritt würde das Land nicht zerbrechen. Dass sich in mehreren Deutschschweizer Kantonen Vorstösse zur Frühfranzösisch-Abschaffung durchsetzen, darf als Omen der Diskussionsbe-

reitschaft gewertet werden. So steigt die Wahrscheinlichkeit, dass man sich koordinieren und die Sprachenstrategie gemeinsam anpassen kann. In diesem Zusammenhang ist es bedauerlich, dass der Schaffhauser Kantonsrat seinen Vorstoss in vorausgehendem Gehorsam abgeschwächt und somit keine klare Haltung gefunden hat: Statt nur auf das Frühfranzösisch abzielen, liess man dem Regierungsrat die Option offen, den Englischunterricht wieder zurück in die Oberstufe zu verschieben. Dies könnte zwar auch ein gangbarer Weg sein, um die Primarschule zu entlasten, allerdings darf und soll das Frühfranzösisch auch zur Debatte stehen, zumal es bei Eltern, Lehrpersonen und Kindern mehr als genug Frust auslöst. Schliesslich gilt es im Zweifelsfall, der Realität ins

Auge zu sehen: Englisch, das ist die Sprache der Wirtschaft, der Forschung und des Internets. Wer in der Deutschschweiz lebt, ist öfter auf diese Weltsprache als auf das Französische angewiesen. Wenn dennoch der Konsens herrscht, das Frühfranzösisch zu behalten, dann wäre es angebracht, einen Gang runterzuschalten: weniger promotionsrelevanten Pflichtstoff pauken, mehr spielerische Freude am Entdecken. So könnte man der Frustration etwas Einhalt gebieten. Allerdings gilt es, gerade wenn man der Überforderung an den Schulen Herr werden möchte, das wahre Problem zu erkennen: Weder Englisch noch Französisch sind die eigentlichen Problemsprachen. Der Hund liegt bei den Deutschkenntnissen begraben. Die jüngsten Studien zeichnen ein

alarmierendes Bild: Die Kompetenzen in puncto Deutsch lassen nach. Jedes fünfte Kind redet daheim nie oder nur selten Deutsch. Man darf sich ruhig streiten, welche Fremdsprache wichtiger ist. Fakt ist: Deutsch ist die Klammer, die unsere Gesellschaft zusammenhält. Läuft die Schule Gefahr, diese basale Kompetenz zu verspielen, muss hier zuerst und mit hoher Dringlichkeit angesetzt werden. Die Chansons und die Shantys dürfen ruhig warten.



Fabian Babic
Leiter Kantonsressort
fabian.babic@shn.ch